

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug · Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto · Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend · Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreikönigsstr. 5

69. Jahrgang

Berlin, den 1. April 1931

Nummer 26

Der Osterfeiertage wegen muß Nummer 28 schon am 4. April abgeschlossen werden. Für jene Nummer bestimmte Veröffentlichungen (Verbandsnachrichten, Versammlungskalender, Inserate) müssen an dem genannten Tage früh in unsern Händen sein. Schriftleitung und Geschäftsstelle.

Grundlagen und Grundzüge der Gewerkschaftsarbeit

1.

In der heutigen Gesellschaftsordnung sehen wir auf der einen Seite eine Überfülle von Reichtum und auf der andern Seite eine grenzenlose Armut. Einige Beispiele mögen diese Behauptungen illustrieren. Wir haben in Deutschland etwa fünf Millionen Arbeitslose, die sich infolge des Verdienstausfalls und der geringen Unterstützung kaum ernähren können. Zu den Arbeitslosen kommen die Kurzarbeiter, denen es infolge ihres Minderverdienstes einfach unmöglich ist, sich ein Kleingeld anzuschaffen. Selbst der vollbeschäftigte Teil der Arbeiterschaft wird so gering entlohnt, daß ein großer Prozentsatz nicht die geringsten kulturellen Interessen befriedigen kann.

Die Erde bietet ein solches Übermaß von Reichtum an Lebensmitteln, daß alle Menschen reichlich satt werden könnten. Die moderne Technik ist durch die Maschinisierung der Arbeitskraft in der Lage, alles, was zur Befriedigung unserer Wünsche benötigt wird, herzustellen zu können, und hat dazu bei gesteigerter Gütererzeugung sehr wenig menschliche Arbeitskraft nötig. Es bliebe also für den Arbeiter reichlich freie Zeit übrig für das Familienleben, für die Erziehung seiner Kinder und um an den Erzeugnissen der Technik und der Wissenschaft teilnehmen zu können. Schon rein gefühlsmäßig empfinden wir bei Betrachtung der heutigen sozialen Verhältnisse eine Bevorzugung derjenigen Klasse, die im Besitz der Produktionsmittel ist. Schürfen wir tiefer, gehen wir den letzten Gründen und Ursachen nach, so finden wir, daß das Unrecht nicht in dem Reichtum oder in der Armut liegt, sondern es beruht auf der Tatsache, daß ein verhältnismäßig kleiner Teil von Menschen den Monopolbesitz der Produktionsmittel beherrscht und die Masse des Volkes befristet oder frei von Produktionsmitteln ist. Es ist dem Arbeiter unmöglich, an den Grund und Boden, unmöglich, an die Produktionsmittel heranzukommen, und somit ist ihnen auch der Weg zu jenem Wohlstand und zur geistigen Entfaltung versperrt.

Der Staat, der die Aufgabe hat, die freie Entfaltungsmöglichkeit seiner Bürger zu sichern, setzt diesem Unrecht die Krone auf, indem er sich schlingt vor die Konzerne, Syndikate, Trusts und den Großgrundbesitz stellt. Damit gibt der Staat dem Unrecht freie Bahn und der Klasse der Besitzenden das Privileg zur Ausbeutung derjenigen, die nur über ihre Arbeitskraft verfügen. Es handelt sich also hier um eine Staatsordnung, in der das Unrecht planmäßig geschieht, und um eine Gesellschaftsordnung, in der die rücksichtslose Ausbeutung von Menschen zugunsten einer Klasse zum unumstößlichen, verbrieften Recht erhoben wird. Der Klassenkampf der Arbeiter hat das Ziel, dieses Unrecht zu beseitigen, um an seiner Stelle eine neue Gesellschaftsordnung zu errichten, in der die Verteilung des Eigentums gerecht ist und vor allem die Produktionsmittel nicht mehr in so einseitiger Weise ausgebeutet werden können. Der sozialistische Staat schließt durch seine Gesetzgebung das Unrecht, sondern das Recht, an Stelle des Klassenprivilegs tritt der klassenlose Staat, in dem durch eine gerechte Eigentumsverteilung jedem Menschen die Möglichkeit gegeben wird, seine materiellen und geistigen Bedürfnisse in gleichberechtigter Weise zu befriedigen. Dies ist das Wesentliche an dieser neuen Staats- und Gesellschaftsordnung, die wir unter Sozialismus verstehen.

Die Mittel, die zur Erreichung dieses Zieles notwendig sind, können wir nur der Erfahrung abgewinnen. Es sind in erster Linie politische, und neben ihnen abgesehen und doch eng verbunden, gewerkschaftliche Mittel. Leider müssen wir die Feststellung machen, daß gerade hier infolge mangelnder Unklarheiten schwerwiegende und fast unüberbrückbare Meinungsverhältnisse bestehen. Wir können zwei besonders wesentliche politische Richtungen wahrnehmen, deren Wege wir in nachfolgenden Zeilen kurz skizzieren wollen.

Zuerst den Weg der sogenannten Reformisten, derjenigen, die der Auffassung sind, daß das Ziel auf legalen Wege, durch Entwicklung und Erziehung erreicht werden könnte. Sie sehen in der Entwicklung vom alten Dreiklassenwahlrecht und despotisch regiertem Deutschland zur demokratischen Republik, zum Volksstaat mit dem gesellschaftlich verbrieften Recht der Anteilnahme und Mitbestimmung des Volkes an der politischen und wirtschaftlichen Gestaltung eine Etappe, eine Plattform zum Sozialismus. Durch die Schaffung des Betriebsrätegesetzes und die immer noch zu schaffenden, den Betriebsräten übergeordneten Instanzen soll den Arbeitern auf politischer Grundlage ein gewisses Mitbestimmungsrecht an der Gestaltung des Betriebes und des sozialistischen Ausbaues der Wirtschaft gesichert werden. Die Elternbeiträge in den Schulen sollen den breiten Schichten der Elternschaft die Möglichkeit geben, auf die Erziehung der Kinder und auf den Ausbau der Schulen einen entsprechenden Einfluß zu gewinnen. Durch das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht sollen die politischen Belange der Entrechteten und Ausgebeuteten immer mehr und mehr gesichert und gestärkt werden, bis schließlich durch dauernde Aufklärung die parlamentarische Mehrheit erreicht ist, und damit die politische Macht in die Hände der Arbeiterschaft übergeht. So sagte z. B. Wels, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in seiner Begrüßungsansprache auf dem Magdeburger Parteitag: „Keine Gewalttätigkeit! Laßt euch nicht zu Fußhaken verleiten! Galt das im Kaiserreich, galt es zur Zeit völliger politischer Unfreiheit der Arbeiterklasse, so gilt es hundertmal mehr in der von uns jahrzehntelang vergeblich erstrebten demokratischen Republik. Wir Sozialdemokraten — nur wir allein — sind von Hause aus unbedingte Anhänger und Schützer voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung und Freiheit auf allen Gebieten des Gemeinheitslebens. Das politische Denken und Wollen des Staatsbürgers, seine staatspolitischen und wirtschaftlichen Ideale sind in Deutschland in der Weimarer Verfassung absolut gesichert. Die deutsche Republik gibt im Gegensatz zu Rußland und andern unter der Diktatur stehenden Ländern jeder Partei in so hohem Maße die Möglichkeit zu legaler Betätigung und zum geistigen Kampf für diese Forderung und Ideale, daß wir mit bestem Gewissen von jedermann in Deutschland die unbedingte Respektierung der verfassungsmäßig gezogenen Grenzen verlangen können...“ (Protokoll des Magdeburger Parteitages, Seite 17.)

Die andre politische Richtung lehnt diesen sogenannten revisionistischen Weg vollkommen ab und schlägt dafür den revolutionären, den Weg der Gewalt, den Generalkrieg und darüber hinaus den Bürgerkrieg als das gegebene Mittel vor. Aus diesem Grund lehnt diese Richtung auch eine Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien und Unternehmern ab. Die Vorteile, die die Arbeiterschaft zum Teil gewinnt, betrachtet sie nur als Palliativmittel, die vom Bürgertum dazu benutzt werden, die revolutionäre Stoßkraft der Arbeiterschaft zu schwächen. Auch die Tarifabschlüsse und die Wirtschaftsdemokratie werden auf dieser Seite als etwas Rüksichtliches betrachtet, als ein verkapptes Arbeiten im Sinne des Unternehmertums. In „Kommunistischen Manifest“, Seite 56, Berlin 1920, heißt es: „Die Kommunisten erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewalttätigen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung.“ Wesentlich ist ferner, daß diese Richtung die demokratische Staatsform grundsätzlich ablehnt. Sie wollen an ihre Stelle die Diktatur des schaffenden Volkes, der Arbeiter und Bauern setzen.

Wir haben festgestellt, daß der Klassenkampf geführt werden soll, um an die Stelle der kapitalistischen Staatsordnung den Rechtsstaat, an die Stelle der kapitalistischen die sozialistische Wirtschaftsordnung zu setzen. Wir sind uns wohl darüber klar, daß dieser Kampf in erster Linie eine Aufgabe der Ausgebeuteten ist. Darüber hinaus ist aber auch die bei gutem Willen leicht einzusehende Allgemeingültigkeit und rechtlichen Notwendigkeit des Sozialismus der Klassenkampf eine Forderung an jeden vernünftigen Menschen. Damit ist auch die Durchführung jeder Arbeit gefordert, die zur Erreichung des Zieles nötig ist, und sei sie selbst an und für sich die unangenehmste, gleichviel ob in Parteien oder Gewerkschaften. Daß diese Arbeit unbequem ist oder aufzaffende Energie, ja selbst Opfer fordert, entbindet keinen von seinen Pflichten. Wer den Kampf ernsthaft führen will, darf keine Rücksicht nehmen, auf sich oder andre Menschen. Der Klassenkampf ist ein Mach-

kampf, und wer darüber noch im Zweifel war, ist wohl durch die Vorkommnisse bei der letzten Lohnverhandlung und den politischen Erscheinungen im Reich gründlich belehrt worden. Ein anderer verhängnisvoller Irrtum ist es, in der Zeit der Stärkung und Machtgewinnung die gebotenen realen Mittel der bestehenden Verhältnisse und Ordnungen nicht auszunutzen. Denn dies heißt noch nicht das Ziel verleugnen, im Gegenteil, gerade das ernsthafteste Streben nach dem gegebenen Ziel verlangt, daß jede gegebene Chance, einen Vorteil zu gewinnen, ausgenutzt werden soll. Andererseits können aber unüberlegte, schlecht vorbereitete größere und selbst kleinere Kämpfe schwere Rückschläge für die Arbeiterschaft zur Folge haben. Viktor Jugo sagt in seinem Buch „Les miserables“ (Die Elenden) hierüber folgendes: „Wollte man gewissen Drafeln einer abgefeimten Politik Glauben schenken, so erscheint ein wenig Aufstand vom Standpunkt der Macht aus wünschenswert. System: Der Aufstand befestigt die Regierungen, die er nicht über den Haufen wirft. Er erprobt das Heer; er reinigt die Bourgeoisie; er stärkt die Muskeln der Polizei; er zeigt die Widerstandskraft des gesellschaftlichen Aufbaues. Es ist eine Art Gymnastik, fast Hygiene. Die Macht fühlt sich wohlher nach einem Aufstand wie der Mensch nach einer Uebung.“ Währenddem das Ziel als eine unumstößliche Wahrheit feststeht, wird der Weg, der zu diesem Ziel führt, vorgezeichnet von Erfahrungstatsachen. Falsch wäre es, würde man den Weg ohne jede realpolitische Überlegung festlegen oder sich gar verleiten lassen, sich dogmenhaft an eine Theorie zu klammern und selbst ohne Rücksicht darauf, daß die Praxis ständig den Beweis erbringt, daß diese Theorie falsch ist. Ebenso unverantwortlich wäre es natürlich, wollten wir vor einer Gewaltanwendung zurückbleiben. Ja, es wäre sogar unsere Pflicht, Gewalt anzuwenden, wenn wir davon überzeugt sind, daß alle andern Mittel, die zur Erreichung des Zieles vorgesehen waren, unzureichend sind. Gewalt braucht nicht immer Unrecht zu sein, sondern die Anwendung der Gewalt kann sehr wohl auch ein Erfordernis des Rechts sein. Auch im sozialistischen Staat wird man geübt sein müssen, denn es kann ja in jedem Augenblick die Möglichkeit eintreten, daß unsre Widersacher die Führung an sich reißen wollen.

II.

Die Frage ist nun, inwieweit können die freien Gewerkschaften auf diesem Weg zum Sozialismus folgen, ohne sich von ihrem Ziel entfernen zu müssen und ohne die politische und religiöse Neutralität zu verlieren? Die freien Gewerkschaften haben es sich zur Aufgabe gemacht, die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeiterschaft zu unterbinden. Während also die Parteien rein politische Ziele, und zu ihrer Verwirklichung die Staatsmacht nötig haben, haben die Gewerkschaften rein wirtschaftliche Ziele, die höchstmögliche Steigerung und Sicherheit der Lebenslage des arbeitenden Volkes. Ihre Kampfmittel gegen das kapitalistische Unternehmertum sind und können nur wirtschaftliche Kampfmittel sein. Sie lehnen also die Anwendung rein politischer Mittel ab, obgleich durch gesetzliche, also politische zu erreichende Maßnahmen, die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiterschaft schneller und wirksamer geschützt werden können. Genau so liegt die Sache in religiöser Hinsicht. Die Kirchen stellen an ihre Mitglieder bestimmte Forderungen und binden sie daran, indem sie an die Erfüllung oder Nichterfüllung ihrer Gebote die Gewährung oder den Verlust höchster himmlischer Güter verprechen oder androhen. Nun steht fest, daß die Kirchen die heutigen kapitalistischen Verhältnisse als einen gottgewollten Zustand hinstellen, den man allenfalls verbessern, aber nicht abschaffen dürfe. Dieser Einstellung nach beeinflussen und binden die Kirchen ihre Mitglieder. Daß man mit Menschen, die frei sind von solchen Bindungen einen viel energischeren Kampf gegen die wirtschaftliche Ausbeutung und darüber hinaus für den Sozialismus führen kann, als mit Menschen, die den heutigen Zustand des Unrechts als etwas Unabänderliches betrachten, dürfte selbstverständlich sein.

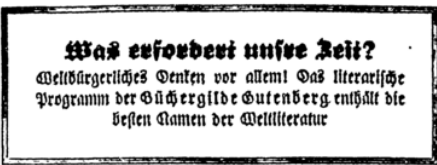
Nur eine verhältnismäßig geringe Anzahl von Menschen ist jedoch von der Notwendigkeit dieses politischen Kampfes überzeugt, und ein noch geringerer Teil bringt das Opfer, das dieser Kampf erfordert. Anders liegt die Sache jedoch, wenn es sich um einen Kampf mit rein wirtschaftlichen Zielen, nicht um ideale, sondern um rein materielle Dinge handelt. Das Verlangen der Menschen nach den Annehmlichkeiten des Lebens und nach materiellen Gütern ist so

stark, daß sehr oft alle ideellen Vorzüge, ja sogar alte Grundzüge über den Haufen geworfen werden. Es wird also möglich sein, wenn wir die operativen Kämpfe um religiöse und parteipolitische Belange aus den Forderungen der Gewerkschaft ausschalten, mehr Arbeiter in den Gewerkschaften zusammenfassen, als dies der Fall wäre, wenn wir mit dem rein wirtschaftlichen Kampfe auch politische Ziele verbinden würden. Eine wirtschaftliche Organisation ist nur dann in der Lage, etwas für ihre Mitglieder zu erreichen, wenn sie möglichst alle in dem in Frage kommenden Beruf arbeitenden Menschen in ihrer Organisation zusammengefaßt hat. Inorganisierte machen den Ausgang eines Kampfes insofern sehr fraglich, weil man nicht auf sie rechnen kann, ihre Beteiligung oder Nichtbeteiligung am Kampfe ist dem Zufall überlassen. Sehr leicht wird durch ihre Nichtbeteiligung am Kampfe der Erfolg einer Aktion in Frage gestellt. Wir sehen also, daß es geradezu eine Notwendigkeit ist, die parteipolitischen und religiösen Belange innerhalb der Gewerkschaften unberührt zu lassen. Nichtsdestoweniger müssen wir immer und immer wieder darüber Klarheit schaffen, daß auch dieses Stück Klassenkampf, das die Gewerkschaften führen, nur eine Frage der Macht ist und bleiben wird. Das letzte Mittel, das in diesem Kampf von Seiten der Arbeiterschaft ausgespielt wird, ist der Generalkrieg. Es muß die Aufgabe der Gewerkschaften sein, diese Waffe unter allen Umständen scharf zu halten. Eine Gewerkschaft, die dieses Mittel preisgibt, legt ihr Schicksal reflos in die Hände des Unternehmers und gibt sich selbst auf. Nach diesen Feststellungen, gemessen an den Erfordernissen, die eine Gewerkschaft zur Erreichung des Zieles benötigt, können die Gewerkschaften also den Weg des Klassenkampfes geben, bis zu jener Stelle, wo der Kampf infolge Abzuges in die politische Kampfbühne übergeht, die auf parteipolitischen und religiösem Gebiet liegen. Damit ist nicht gesagt, daß Abweichungen von dieser Regel nicht auch einmal im Interesse der Gewerkschaften geben sein können. Ich kann mir z. B. vorstellen, daß eine gesetzliche Unterbindung des Konfliktrechts, ein Verbot des Streikrechts oder gar ein Angriff auf die heutige demokratische Verfassung durch den Faschismus, also rein politische Handlungen, Anlaß zu einem geschlossenen Abwehrkampf sein können. Besondere Umstände verlangen eben besondere Maßnahmen, und man könnte es geradezu als ein Verbrechen bezeichnen, wollte man auch in solchen Fällen, entgegen allen Vernunftgründen, sich streng an die Satzungen halten und nicht den Generalkrieg zum Werkzeug eines entschlossenen politischen Abwehrkampfes machen.

III.

Es gibt eine große Zahl von Arbeitern, die auch den soeben skizzierten Weg noch als einen Teil der bürokratisch-reformistischen Linie bezeichnen. Sie versprechen sich von dieser Arbeitsteilung nichts, im Gegenteil, sie glauben, daß diese sogenannten reformistischen Methoden des Kampfes die Energie und die Tatkraft lahmlegen, und somit müßte man damit rechnen, daß die jetzigen freien Gewerkschaften über kurz oder lang dem Unternehmertum ausgeliefert würden. Besonders betont man, daß die Führer der freien Gewerkschaften überhaupt kein Interesse mehr am Lohnkampf hätten und sich infolge dessen sehr leicht mit Zugeständnissen abspäßen ließen. Eine solche Einstellung ist natürlich ebenso verkehrt wie die Taktik der Gegenseite. Diese Taktik führt darauf hinaus, den Streik unter allen Umständen, ohne Rücksicht auf Erfolg oder Mißerfolg, zu beginnen und ihn in eine politische Aktion überzuweisen. Nur ein ganz geringer Teil der Mitglieder der freien Gewerkschaften würde sich einer derartigen Aktion zur Verfügung stellen. Die Disziplin und die Geschlossenheit wird zweifellos nicht weit über die Erstämpfung materieller Vorteile hinausreichen, und somit würde ein Abstreifen der Zielgrenze sicher zum Zerfall der Gewerkschaften führen. Auch führen nichtgehaltene Versprechen, Verträge und abernals Verträge schließlich zu einem beratig starken Mißtrauen, daß an eine Reorganisation nicht mehr zu denken ist. Aber noch viel stärker würde der Mißerfolg in Erscheinung treten, wollte man die in den Satzungen verankerten Aufgaben der Gewerkschaften zugunsten einer bestimmten Partei über das Ziel hinausschießen lassen. Für den pflichtbewußten und denkenden Gewerkschaftler kann es infolgedessen nichts anderes geben, als sich unter allen Umständen streng und christlich an die vorgeschriebene Teilstrecke zu halten. Fest steht zweifellos, daß die Gewerkschaften durch ihre Botschaft wesentliche Kräfte für die politische Arbeit freigesetzt haben. Nicht vergessen dürfen wir den Erfolg der gewerkschaftlichen Schulungsarbeit für den politischen Kampf. Der Abständigkeit, an dessen Erkämpfung die Gewerkschaften sicher einen Hauptanteil haben, gibt den Arbeitern ja erst die Möglichkeit, Anspruch zu halten, um sich dann auf sein Menschsein besinnen zu können. Unfallversicherungsverordnungen, Gewerbeordnung und nicht zuletzt unsere tariflichen Bestimmungen sühnen den Arbeiter wenigstens einigermassen vor einer bis zum Wahnsinn gesteigerten Ausbeutung. Schon diese Grundgesetze geben dem Arbeiter etwas mehr Elternbogenfreiheit und damit auch das erste Verlangen nach den Kulturkämpfen, die sich die Angehörigen der andern Klassen schon längst zu eigen gemacht haben.

In Zeiten schwerer Wirtschaftskrisen ist es immer das Bestreben der kapitalistischen Unternehmer gewesen, die Lappen auf die Arbeiter abzuwälzen. Zugleich und darüber hinaus sehen sie alles daran, die tariflichen und gesetzlichen Rechte der Arbeiter abzubauen. Die Ware Arbeiterschaft geht am wenigsten von allen Waren und herausgestoßen aus dem Arbeitsprozeß, sind die Träger der Arbeitskraft,



die Menschen, das Opfer und das Mittel, mit dem der Kapitalismus seine Herrschaft neu errichten will. Als treuer Helfer beschneidet die kapitalistische Regierung die Unterführungen der Arbeitslosen und gibt sie dem Hunger und der Verelendung preis. Der amtliche Lohnabbau zeigt dem Unternehmer den Weg, Steuern und Zölle belasten die Arbeiter bis zur Verzweiflung. Unternehmerrmacht und Regierungsgewalt sind vereinigt zur Niederwerfung des Marxismus, zur vollständigen Knechtung der Arbeiterschaft. Nur eine starke und geschlossene Gewerkschaft kann diese Knechtung abwenden. Unentwegt müssen wir deshalb zum Kampf rufen, um in gegebenen Augenblick gewappnet zu sein. Die alten gewerkschaftlichen Grundzüge müssen wieder zur Richtschnur für unser Tun und Lassen werden. Erst wenn wir uns fasseten und gesundwohnen können, bekommen wir auch die nötige Kraft zur Eroberung höherer Ziele und Ideale. Mit der Erhebung dieser einfachen und bewährten Forderungen zum höchsten Grundsatz und im Vertrauen auf die eigene Kraft werden auch die freien Gewerkschaften ihre alte Macht und Geschlossenheit wiedergewinnen.

Machen wir uns deshalb ernsthaft frei von überspannten parteipolitischen Fragen und Zielen, sie stärken uns nicht, sie schwächen uns nur. Alleinige Aufgabe der Parteien ist es, ihre Grundzüge und Ziele mit politischen Mitteln durchzuführen. Für den Gewerkschaftler gilt nur der gewerkschaftliche Kampf, in dem jedes Gewerkschaftsmitglied seinem Mann voll und ganz stellen muß. Vom Führer über den Funktionär bis zum jüngsten Mitglied darf nur eine Meinung, ein Wille herrschen: der Wille zur Verantwortung und zur Opferbereitschaft. Die kleinste Aufgabe muß erfüllt werden, die persönliche Wahrung der auch noch so unbedeutend erscheinenden Rechte; gewissenhafte Erfüllung aller Funktionäraufgaben und entschlossenes, unzweideutiges Handeln der Führerschaft sind Forderungen, ohne deren Erfüllung an einen Aufbau nicht zu denken ist. Ein neuer Geist muß in uns reifen können, gepflegt und vorwärts getrieben von einer guten, gegebenen Gewerkschaftspresse. Nur so kann und wird es vorwärts gehen, werden alle Angriffe abgeblasen, wenn jeder seinen Posten ausfüllt und seine Pflicht tut!

K a f f e l. Karl C a e r l i n.

Verbandsvorstand werde hart!

„Wo es kalt geworden ist im Volk, da wärmt kein Wort, sondern nur die selbst hervorgeressene Tat!“ Heute, in der Zeit furchtbarster Erwerbslosigkeit, hat dieser Satz erhöhte Bedeutung; mit Flammschrift müßte er jedem Buchdrucker ins Herz eingebrannt sein, und doch — wie wenig scheint er gerade gegenwärtig beachtet zu werden. Beim Lesen der Tages- oder der Gewerkschaftspresse kann man viele — leider überreichlich viele — schöne Worte finden, wie eine Hilfsaktion zur Linderung der Not aussuchen müßte. Worte, Worte und immer nur Worte; von tätiger Dienstleistung und selbstvergeßenden Taten ist fast nichts oder nur sehr wenig zu hören. Dabei ist natürlich das erhebende Vorbild, die Schaffung der Notstandsunterstützung (unseres Verbandes) keinen Augenblick vergessen werden. Doch viel wichtiger als die Findung und Benutzung von Unterstützungsquellen scheint mir die Wiedereinrichtung der zur Untätigkeit verurteilten Kollegen in den Produktionsprozeß. Daß dies, in gewissem Maße, auch schon vor Einführung der 40-Stunden-Woche möglich ist, das auszuzeigen, soll Zweck dieses Artikels sein.

Das in allen Druckerzeilen, namentlich in der letzten Zeit, stark ausgebaute Kontroll-(Antriebs-)System preßt aus dem überall stark eingeschränkten Personal wahre Riesennengen an Arbeitsleistungen heraus. Was nun, trotz allem Rennen und Sagen, innerhalb der achtstündigen Arbeitszeit nicht geschafft werden kann, soll, auf Wunsch der Geschäftsleitungen, durch Überarbeit bewältigt werden. Meistens heißt es ausnahmsweise einmal. Leider sind diese Ausnahmen längst zur Regel geworden. Zur Ehre vieler Kollegen sei gesagt, daß sie solche Anerbieten mit Rücksicht auf die gewaltige Arbeitslosigkeit glatt ablehnen. Aber leider, ich betone: leider, kann man auch beobachten, daß nicht wenige Kollegen eines solchen Ansinners nicht nur keinen Widerstand entgegensetzen, sondern ganz im Gegenteil sehr eifrig bemüht sind, ihre Bereitwilligkeit zur Leistung von Überstunden erkennen zu lassen. Daß dadurch die sonst notwendige Einstellung von Arbeitskräften unterbleibt, ist die traurige Folge. Diesem Überstundenwesen ein Ende zu bereiten, ist heiligste Pflicht eines jeden Gewerkschaftlers. Wahre Wunderwirkung könnte ein Verbandsvorstandsbefehl, ungehörig folgenden Inhalts, haben: 50 Proz. aller Überstundenbezahlung muß zur Stärkung der Notstandsunterstützungskasse an den Druckereiförderer abgeteilt werden.

Wahrheitsgemäß dürfte das Drängen nach Überstunden nicht nur schwächer werden, sondern es wird vollständig aufhören. Und das Einstellen neuer Arbeitskräfte wäre dann die schönste Folge dieses Beschlusses. Das Menetekel unseres ganzen Standes steigt unaufhaltsam und schicksalschwer herauf, mit ihm die bange Frage: Werden wir es meistern? Deshalb nochmals: „Verbandsvorstand werde hart!“
L a n g e n s l z a.

Korrespondenzen

Bamberg. In unserer Versammlung am 14. März fanden u. a. folgende Punkte zur Beratung: 1. Stellungnahme zu den Resolutionen einzelner Bezirks- und Ortsvereine, außerordentlicher Verbandstagung, und 2. Stellungnahme zur Preisentwurf im Buchdruckgewerbe. Vom Vorsitzenden Schliefer wurden die Einläufe zu Punkt 1 verlesen; u. a. die Resolution von Wiesbaden (die schon im „Korr.“ vom 28. Februar veröffentlicht war), sojahn die von der Streikleitung in Königsberg, die infolge des Streikabbruchs erledigt war, und die vom Bezirksverein Düsseldorf, die eine Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages verlangt zwecks Beschlußfassung über Maßnahmen zur Verhinderung eines weiteren Lohnrabattes usw. Unsere Verammlung machte sich diese Resolution zu eigen und fügte noch hinzu, daß die maßgebenden Körperschaften darauf hingewiesen werden, mit allen Mitteln zu verlangen, daß bei einem schwebenden Lohnverfahren, wie es zurzeit in Bamberg 40 000 Metallarbeiter betrifft, die einfach, um dem Wachstum der Unternehmung zu willfahren, auf die Strafe verworfen werden, das Vermögen solcher Unternehmer von Staats wegen beschlagnahmt wird. Gleiches Recht für alle. Wenn schon bei der Verbindlichkeit eines Zwangsbeschlusses der Arbeiter das Streiken verboten wird, haben auf der andern Seite auch die Ausprägungen billigerweise zu unterbleiben. Zum zweiten Punkt, die Preisentwurf im Buchdruckgewerbe betreffend, wurde beschlossen, es den Interenten und Prinzipalen selbst zu überlassen, wie sie in dem Kampfe um den Abbau einig werden. Es wäre dies schon deshalb zu begrüßen, weil wir unsern Vertretern für die künftigen Verhandlungen nicht den Boden abgraben wollen. Der Verbandsvorstand wird erucht, mit dem Reichsarbeitsminister betriffs der Zulassung der Prinzipale (4proz. Abbau) zu verhandeln, weil bisher im Zeitungswesen noch kein Abbau zu spüren war. Unter „Verabschieden“ wurde betont, daß der Verbandsvorstand und unsere Vertreter unbedingt an der 40-Stunden-Woche festhalten müssen.

Baun. In unserer Versammlung am 14. März wurde zunächst das Andenken zweier verstorbenen Kollegen geehrt. Der dann folgende lehrreiche Vortrag des Herrn Lehrers K a h e r über „Das Erkranken der Kulturreaktion, Jugendweihe und Elternarbeit“, wurde mit starkem Beifall ausgenommen. Zu dieser Verammlung waren auch die Mitgliederfrauen eingeladen und erschienen, die ebenfalls mit Interesse dem Vortrage folgten. Es folgten noch Besprechungen verschiedener interner Angelegenheiten, wobei eine zufriedenstellende rege Aussprache über die Ehrung zweier fünfzigjähriger Verbandsjubilarer stattfand. Die Ehrung wird gelegentlich der Verammlung am 25. April stattfinden. Zu dieser Festverammlung sind wiederum die Frauen eingeladen. Alle Mitglieder seien ermahnt, sich reiflich zu beteiligen.

Brandenburg (Savel). In unserer Versammlung am 14. März berichteten die Betriebsräte über die Verhandlungen, bei denen als Basis die letzte Forderung des Verbandsvorstandes betriffs des Schiedsprüfs diente. In allen Druckerzeilen wurden die Verhandlungen von den Prinzipalen abgelehnt oder auf eine spätere Zeit verschoben bis auf die Firma Sidow & Co., die folgendes vorbildliche Abkommen mit dem Betriebsrat traf:

- 1. Der für das Buchdruckgewerbe am 2. Februar 1931 gefällte Schiedsprüf kommt für den Betrieb der Firma D. Sidow & Co. vorläufig nicht zur Durchführung.
- 2. An Stelle des Schiedsprüfs treten folgende Veretruungen in Kraft: Die Arbeitszeit beträgt für den normalen technischen Betrieb täglich 7 Stunden, und zwar von morgens 9 Uhr bis nachmittags 3 1/2 Uhr. Rasten finden statt von 9 1/2 bis 10 Uhr. Für die Zeitunabhängigkeit können die Rasten auf andere Zeiten verlegt werden. Für Maschinenführer, Steretypen- und Notationsmaschinenmeister beträgt die tägliche Arbeitszeit 8 1/2 Stunden. Die Maschinenführer arbeiten in Doppelshift. Die erste Shift beginnt morgens um 6 1/2 Uhr und endet mit einer einhalbstündigen Pause um 1 1/2 Uhr nachmittags. Die zweite Shift beginnt um 1 1/2 Uhr nachmittags und endet mit einer einhalbstündigen Pause um 8 1/2 Uhr abends.

Die für jeden Beschäftigten wöchentlich ausfallenden sechs Arbeitsstunden werden zur Hälfte von der Firma D. Sidow & Co. und zur andern Hälfte von den Beschäftigten getragen. Alle der jetzt bestehende Vorkonflikt wird bei allen Beschäftigten um den Betrag von drei Arbeitsstunden getilgt. Da darüber freierwunderndes Beträge werden zur Einstellung arbeitsloser Anwerblicher des Buchdruckgewerbes verwandt.

Unter Berücksichtigung des jetzt im Betriebe vorhandenen Überpersonals stellt die Firma D. Sidow & Co. am 2. März 1931 einen Maschinenführer und drei Handhaber neu ein. Die neu eingestellten Kollegen erhalten als Lohn für die 7 1/2 bzw. 7stündige tägliche Arbeitszeit den nach dem Schiedsprüf vom 2. Februar 1931 gefällten Lohn nach dem Zeitlohn plus 3.— M. Der monatliche Zuschuß für die Zeitunabhängigkeit (Schiedsprüf) für Bestandene (den im Betrage von 10.— M. wird auf 8.— M. getilgt. Um die Entlastung von nicht vollbeschäftigten Angeestellten zu vermeiden, verläßt die Zugabe von Einzelnenverträgen und alle besser bezahlten Einzelnen für die Dauer dieser Umordnung auf etwa 5 Proz. ihres Gehalts unter Aufrechterhaltung ihrer Bezüge. Alle Angeestellten erhalten dafür wöchentlich einen identischen Nachmittags von vier Stunden.

Diese Veretruungen gelten für die Zeit vom 1. März 1931 bis 31. Mai 1931. Am 15. Mai 1931 können dieselben von beiden Seiten zum 31. Mai 1931 gekündigt werden. Erfolgt eine Kündigung nicht, so verlängert sich ihre Wirkungskraft um weitere drei Monate bis zum 31. August 1931. Auch dann kann wiederum am 15. August von beiden Seiten die Kündigung ausgedrückt werden.

In der regen Aussprache wurde über das Abkommen der Buchdruckerkräfte Befremden ausgedrückt, da es hinter dem Abkommen des Betriebsrates der Firma Sidow & Co. zurückblie. Es hätte vorbildlicher sein müssen. (Bei aller Anerkennung des mit der Firma Sidow & Co. getroffenen Abkommens muß doch gesagt werden, daß auch die Buchdruckerkräfte bei ihrem Entgegenkommen bis hart an die Grenze des überhaupt Möglichen gegangen sind. S c h r e i t e t u n g.) In zwei großen Druckerzeilen wird in Abteilungen vertetzt gearbeitet. In der Aussprache wurde dieser Schritt weiterempfohlen, zu dem weitere Kollegen auf die Strafe lief; denn das ist jetzt keine Krise mehr, sondern ein Dauerzustand, und Solidarität muß jetzt mehr Wirklichkeit werden. Befremden erregte es, daß seitens des Gauvorstandes dem Ausschluß eines Kollegen nicht zugestimmt wurde. Gewünscht wurde ferner, daß der „Korr.“ Resolutionen und wichtige Angelegenheiten in voller Wortlaut bringt. Falsche Berichte in der „Noten-Zahne“

über unsere Versammlungen und Betätigung in der AGD. wurden von der Versammlung nicht gewünscht, und dem Betreffenden wird das Handwerk bei Wiederholung gelegt werden.

Bremen. In der Bezirksversammlung am 11. März, die gegenüber den vorhergegangenen nur einen mäßigen Besuch aufwies, gedachte Bezirksvorsitzender G o l e r t in warmen Worten des Abnehmens eines Bruderkollegen. Unter „Vereinsmitteilungen“ machte der Vorsitzende auf eine in der Tagespresse erschienene Notiz aufmerksam, die das Entstehen einer neuen Zeitung erkennen ließ, vorläufig wöchentlich zweimal, was den Arbeitslosen ein wenig Hoffnung zeigt.

Bremen. (Sandhoyer.) Am 8. März fand hier die zweite Handhoyer-Vorkonferenz im Geheimen der Buchdrucker statt, an der Delegierte aus Bremen, Embden, Altenburg (Wefer), Oldenburg i. D., Nürtingen-Wilhelmshaven, Barel i. D., Begegnung-Bismarck, Verden und Walsrode teilnahmen.

Stuttgart. (K o r r e k t o r e n.) Der Württembergische Korrektorenverein hielt am 8. März seine Hauptversammlung ab. Von auswärts waren erschienen Kollegen von Eßlingen, Freudenstadt, Heilbronn, Ludwigsburg, Rom Gauravort und von Kollege Klein anwesend, ebenso hatte der Maschinenfabrikerverein einen Vertreter entsandt.

Karlsruhe. (M a s c h i n e n s e h e r.) Unsere außerordentliche Generalversammlung am 8. März hatte leider nicht den Besuch, der für die vorerwähnte Punkte notwendig war. Nach Bekanntgabe einiger Einträge berichtete Vorsitzender B a e r über Abwaucherbe der überarbeiteten im Reich.



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



K. Schlicht in Kaufbeuren
Eingetretener: 1. April 1880
Seit Invalide



Johann Kisthel in Leipzig
Eingetretener: 3. April 1881
Seit Invalide



Internens in den Schmajchinschulen muß unterbleiben, denn heute besteht kein Mangel an tüchtigen Maschinenführern. Die Technischen Kommissionen sind überall gut tätig gewesen, trotzdem die Zeit nicht dazu angetan war. Unser bisheriger Vorsitzender, Kollege Max Baer, der bereits seit 1912 verschiedene Ämter im Vorstand inne hatte und seit 1926 erster Vorsitzender ist, legte leider aus Gesundheitsrücksichten sein Amt nieder.

Stuttgart. Eine gut besuchte Vertrauensmannerversammlung am 12. März hatte zwei Punkte: 1. Vereinsmitteilungen, 2. „Nach dem verbindlichen Lohnschiedspruch“, Vortrag des Kollegen Klein, zu besprechen. Der erste Teil fand rasch Erlebigen, beim zweiten gab der Vortragende nochmals einen Rückblick zur Stellungnahme unserer letzten Versammlung zum verbindlich erklärten Lohnabbaue. Die Schreibweise des „Korr.“ die tatsächlichen Maßnahmen unterliege, fand durch ihn gerechte Wertung.

Stuttgart. (K o r r e k t o r e n.) Der Württembergische Korrektorenverein hielt am 8. März seine Hauptversammlung ab. Von auswärts waren erschienen Kollegen von Eßlingen, Freudenstadt, Heilbronn, Ludwigsburg, Rom Gauravort und von Kollege Klein anwesend, ebenso hatte der Maschinenfabrikerverein einen Vertreter entsandt.

des Anzeigen- und Abonnementspreises bekanntgegeben als Folge der Lohnerhöhung, diesmal herbst mühtergütige Ruhe. Dafür wurden die Gehilfenvertreter und „Korr.“-Redakteure angepöbel. Offen wurde zugegeben, daß wir eine Schlacht verloren haben. Dies dürfte jedoch zu keiner Schwächung unserer Organisation führen, wie es von der AGD. hinterher versucht werde.

Stuttgart. (K o r r e k t o r e n.) Der Württembergische Korrektorenverein hielt am 8. März seine Hauptversammlung ab. Von auswärts waren erschienen Kollegen von Eßlingen, Freudenstadt, Heilbronn, Ludwigsburg, Rom Gauravort und von Kollege Klein anwesend, ebenso hatte der Maschinenfabrikerverein einen Vertreter entsandt.

Allgemeine Rundschau

Abalbert Scheffel †. Vom Wiener Verbandshaus wehte in den letzten Tagen die schwarze Fahne. Kollege Scheffel, Obmannstellvertreter des Reichsvereins der österreichischen Buchdrucker- und Zeitungsgewerkschafter und seit 1905 ununterbrochen Obmann des Klubs der Zeitungsgewerkschafter Wiens, ist 73 Jahre alt, am 24. März gestorben.

Gehilfenprüfung. Der diesjährigen Gehilfenprüfung in La r e n s l a z unterzogen sich 4 Seher- und 2 Druckerlehrlinge, die sämtlich bestanden. Es erhielten bei der praktischen Prüfung die Noten: 1 Gut, 4 Ziemlich gut, 1 Genügend; bei der theoretischen Prüfung: 2 Gut, 2 Ziemlich gut und 2 Genügend.

Die 50 schönsten Bücher des Jahres 1930. Im Rahmen der Reichsveranstaltungen für den „Tag des Buches“ erfolgten am 22. März in der Deutschen Bucherei zu Leipzig die Verlesung des Ergebnisses und gleichzeitig die Eröffnung der Ausstellung der 50 schönsten Bücher. Diese Bücher sind der Auswahltraktat aus 77 000 Bänden. So groß war der Zuwachs der Deutschen Bucherei im Jahre 1930. Es handelt sich um Meisterwerke im künstlerisch-handwerklichen Sinne, und sie bilden in den Schaufällen für jeden an Buch und Buchherstellung Interessierten eine Augenweide. Von den 50 schönsten Büchern sind 43 in lateinischer Schrift gehalten, während nur sieben Bücher in deutscher Schrift erschienen. Ein sehr erfreuliches Zeichen ist es, daß unter den Spitzenleistungen deutscher Buchkunst 31 in Handlag hergestellt sind; ansehnend sind einwandfreie Bucharbeiten nur im Handlag möglich. Bücher in Kleinschrift sind nicht vertreten, aber ein Kinderbuch zum Unterricht für die Kleinsten, hier wird sehr viel in nur großen Buchstaben gesetzt. Wie schon berichtet, ist auch der Verlag der Bücherliste Gulenberg mit zwölf Büchern unter den 50 schönsten Büchern vertreten. Der größte Teil davon ist in Leipzig hergestellt. Die große Druckerei Saags-Druckerei ist mit sieben Büchern vertreten, mit derselben Anzahl die Spamerische Buchdruckerei. Acht Bücher entfallen auf die Firma Boesche & Trepte. Es sind dann noch einige bekannte Druckereien in Stuttgart, Berlin, Dresden und Wöhlfeld in Magdeburg mit je einigen Werken beteiligt. Wie uns aus München mitgeteilt wurde, gehört auch das neue Buch von Paul Renner, dem bekannten Leiter der graphischen Berufsschulen und der Meisterklasse für Deutschlands Buchdrucker, „Mechanisierte Graphik“ (Verlag von Hermann Kadenborf, Berlin) zu den fünfzig schönsten Büchern des Jahres. Das Buch ist in der vom Verfasser entworfenen „Futura“ nach seinen Angaben gefertigt und in der Münchener Druckerei von B. Heller (Inhaber Dr. A. Heller) gedruckt worden. Nachdem die fünfzig schönsten Bücher einige Wochen in der Deutschen Bucherei ausgestellt sein werden, gehen sie, wie schon im vorigen Jahr, in Form einer Wanderausstellung in verschiedene Städte.

Neuer Schiedspruch für das Baugewerbe. Das vom deutschen Baugewerbe eingeleitete zentrale Tarifamt in Berlin hat nach 47tägiger Verhandlung am Morgen des 27. März 40 Schiedssprüche gefällt, durch welche das Baugewerbe ganz Deutschlands erfasst wird und die Löhne um 8 bis 11 Proz. gesenkt werden. Nach dieser Neuregelung soll z. B. der Maurer in Berlin statt des bisherigen Stundenlohns von 1,53 M. 1,41 M. erhalten. Die Parteien haben sich bis zum Sonnabend, dem 4. April, zu den gefällten Schiedssprüchen zu erklären. Durch die Entscheidung der zentralen Schiedsstelle für das Baugewerbe sind nunmehr die Entschiede einiger bezirkslicher Schiedsstellen, die Lohnfaltungen von 15 Proz. und mehr vorfalsen, aufgehoben worden. Die in den Lohnverhandlungen vor dem zentralen Tarifamt von den Arbeitervertretern vorgebrachten Argumente haben es jedem sozial Einseitigen klar werden lassen, daß dieser ganze Lohnabbau ein soziales Unrecht an den Bauarbeitern und eine wirtschaftliche Unvernunft im allgemeinen darstellt. Schon während der Verhandlungen wurde erklärt, daß durch die Kürzung der Bauarbeiterlöhne auch ein Stein mehr vermauert wird oder gar die Wohnungsmieten dadurch gesenkt würden. Trotzdem die Preise für Baumaterialien in letzter Zeit bedeutend gesenkt worden sind, hören wir nichts von einem Rückgang der Baukosten oder der Wohnungsmieten. Der Lohnabbau bezweckt weiter nichts, als den Unternehmern größere Vorteile zu verschaffen. Die Bauarbeiter in den einzelnen Bezirken haben jetzt über die Lohnabbauentscheidungen im Baugewerbe zu entscheiden. Der

Zimmererverband wird auf seinem außerordentlichen Verbandstag am 3. April dazu Stellung nehmen.

Konsumgenossenschaften und Wettbewerbsrecht. Der Konsumverein Eisenach hat in einer Klage gegen die Kampfbewegung der Hitlerbewegung in Thüringen, „Der Nationalsozialist“, bei dem Oberlandesgericht in Jena ein abweisendes Urteil erstritten. In dem Prozeß handelte es sich um die Frage, ob der Konsumverein es verhindern kann, daß die nationalsozialistische Zeitung Namen von Mitgliedern unter Hinzufügung abfälliger Bemerkungen veröffentlicht, um diese Mitglieder anzuprangern und zum Austritt aus der Genossenschaft zu veranlassen. Das Oberlandesgericht hat die Frage bejaht und den „Nationalsozialist“ zur Unterlassung verurteilt.

Gesundheit in Zahlen. Unter dieser Bezeichnung wird auf der Internationalen Hygieneausstellung in Dresden 1931 eine neue wissenschaftliche Gruppe errichtet. Unendlich zahlreich sind gerade auf den Gebieten des menschlichen Lebens, von Gesundheit und Krankheit, von Werden, Sein und Vergehen die Fragen, die jedem Nachdenkenden immer wieder auftauchen, Fragen nach dem Zusammenhang der einen, dem Schwinden der andern Krankheit, Fragen nach dem Geburtenüberschuß, dem durchschnittlichen Heiratsalter, der mittleren Lebensdauer, dem Zusammenhang von Wirtschaftslage und Gesundheit, den wechselnden gesundheitlichen Verhältnissen in Stadt und Land. All diese und zahlreiche andre Probleme werden in dieser Gruppe behandelt. Unmöglich, sie ganz hier abzuwickeln, jedes einzelne wäre eine Ausstellungsguppe für sich. Aber gezeigt werden einzelne der buntesten, schillerndsten Steinchen, die zusammen das leuchtende Mosaik Gesundheit in Zahlen ergeben. Gezeigt wird außerdem auch, wie diese Zahlen entstehen, wie z. B. eine Volkszählung zustande kommt. Volkszählung, das bedeutet an der Goldküste das Hineinragen von Steinchen oder Fraktionieren in bereitgestellte Kalebassen (Glasgefäßchen), die Gefächler getrennt nach der Farbe. Volkszählung, das bedeutet in den westlichen Kulturländern eine bis in die letzte Einzelheit vorbereitete statistische Erhebung und eine mit allen Erzeugnissearten der Technik auch auf diesem Gebiet durchgeführte wissenschaftliche Ausbeutung des gewonnenen Materials. Und gezeigt wird schließlich, wozu zahlreiche und weitverzweigte Gebiete von Handel und Wandel, von Gesellschaft und Wirtschaft, von der vollkommenen, richtigen und rechtzeitigen Kenntnis der Zahlen abhängig ist. „Man hat behauptet, die Welt werde durch Zahlen regiert. Das aber weiß ich, daß die Zahlen uns belehren, ob sie gut oder schlecht regiert werde.“ hat Goethe einmal zu Eckermann gesagt.

Fiasco des russischen Totalkommunismus. Es ist jetzt etwa ein Jahr her, daß es in Rußland gewaltig zu gären begann und als unmittelbare Folge der raschen Abschaffung alles Privateigentums Bauernaufstände drohten. Es wurden drei Formen des bürgerlichen Kommunismus vorgeschrieben: 1. die bloße Betriebsgemeinschaft, bei der nur die Maschinen gemeinsames Eigentum sind; 2. der Artel, bei dem der Besitz an Acker und Weiden sowie Wald gemeinsames Eigentum wird, während Haus und Garten, Kleinvieh und eine Milchkuh privat bleiben; 3. der totale Dorfkommunismus, bei dem alles restlos gemeinsames Eigentum wird. Am 1. März 1930 schrieb Stalin in der „Iswestia“ einen Artikel, in dem er angeführt der totalen Bergesellschaftung warnte und den Artel als diejenige Form des Kommunismus bezeichnete, die als die normale angesehen wäre. Unwidriglich erklärte Stalin in jenem Artikel, daß die 100prozentige Kommunisierung verzichtet werde. Denn die eifrigen Kommissare hätten in Tausenden von Orten gleich alles zertrümmert, um sich durch

Erziehung von „Kommunen“ Verdienste zu erwerben. In diesem Zusammenhang verdient darauf hingewiesen zu werden, daß heute in Rußland nicht der Schatten einer Volksvertretung besteht, daß der allmächtige Imperator Stalin mehr Macht besitzt, als je ein römischer Kaiser sie hatte. Ein beispielloses Bild der Verflawung eines Volkes. Diese Verflawung besteht, auch wenn alles, was Stalin anordnet, nicht nur gut gemeint, sondern auch wirklich ausführbar und zweckmäßig wäre. Aber kann ein Mann wirklich ein 140-Millionen-Volk auf die Dauer diktatorisch beherrsigen? Man muß schon sagen, ideal einfach ist diese Verwaltungs- und Gesetzgebungsmaschine allerdings. Stalin schreibt einen Zeitungsartikel, dieser wird binnen drei Tagen in europäischen Rußland gelesen, binnen sechs Tagen im ganzen asiatischen Rußland. Und das genügt! Der Zeitungsartikel ist in Rußland Gesetz. Es existiert zwar eine Zentralkommission, die „eigentlich“ Gesetze macht, aber Stalin kann sich auch über diese hinwegsetzen, die ja ohnehin kein Gesetz beschließt, das nicht von Stalin befohlen oder gutgeheißen wäre. Seit die Weltgeschichte Schicksale aufzählt, hat noch nie ein Mensch über so viele Millionen andre Menschen eine so schrankenlose Macht ausgeübt als heute Stalin über die Russen. Immer deutlicher aber zeigt es sich auch in Rußland, daß Bedeutendes nicht im und aus dem Kaufe geboren wird, sondern aus Klarheit, Besonnenheit und Willenskraft.

Briefkasten

W. F. in A.: Inf. 287: 67,50 M. — W. Sch. in Gb.: 1. 20 M., 2. und 3. je 11 M.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 61, Dreieckstraße 5. Fernruf: Amt Bergmann Str. 119, 124 bis 126. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.G., Berlin S 14, Wallstraße 65. Postfachkonto Berlin Nr. 1023 87 (H. Edelmeißel).

Verbindungen an den „Korr.“ auf Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10 unter „Gesamtschleife des Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker.“ Berlin SW 61.

Statistikarten einleiden!

Späterer Einlieferungstermin für März 9. April. Stichtag für die Fällung der Arbeitslosen 28. März. Auf richtige Frankierung ist zu achten.

Reise- und Arbeitslosenunterstützung

Frankfurt a. M. Das in Nr. 15 des „Korr.“ als verlorengegangen gemeldete Buch des Lehrers Paul Schriener (Frankfurt - Hessen 3658, Hauptbuchnummer 117 658) hat sich wiedergefunden und ist dem Verleger angefleht worden. Das neue Buch wurde von Zuschauern nach hier zurückgeschickt. Die Heftlieferanten werden gebeten, einen entsprechenden Vermerk unter Hinweis auf vorliegende Notiz in das Verbandsbuch des Kollegen einzutragen.

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 26
(1. April 1931.)

Artikel: Grundlagen und Grundzüge der Gewerkschaftsarbeit. — Verbandsvorstand werde hart! — Adressenverzeichnis der Gewerkschafter, Kantarbeiter, Bezirks- und Ortsvorsteher und -kassierer. — Korrespondenzen: Bamberg. — Gauen. — Brandenburg. — Bremen. — Bremen (S.). — Frankfurt a. M. (W.). — Stuttgart. — Tullnau (H.). — Nürnberg. — Adalbert Scheitel. — Gebührensprüfung. — Die 50 schönsten Bücher des Jahres 1930. — Neuer Schiedspruch für das Baugewerbe. — Konsumgenossenschaften und Wettbewerbsrecht. — Gesundheit in Zahlen. — Fiasco des russischen Totalkommunismus.

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltene Millimeterhöhe für Stellenangebote und -angebote sowie für Anzeigen kollegialer Herkunft (d. h. Vereins-, Fortbildungs- und Todesanzeigen); 50 Pf. für Anzeigen geschäftlicher Art

Anzeigen

Annahmefrist: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nächst erscheinende Nummer. Anzeigenaufgaben für den „Korrespondent“ möglichst nur durch Einzahlung auf das Postfachkonto Berlin NW Nr. 268 10

SPART BEI DER BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN

ZENTRALE: BERLIN S 14, WALLSTR. 45
DEPOSITENKASSE SW 60, LINDENSTR. 3

Filialen in:
Bochum, Viktoriastrasse 46
Braunschweig, Oehlschlägern 29
Bremen, Nordstrasse 43
Breslau, I, Margaretenstrasse 17
Dresden, A.-I, Maxstrasse 17
Essen, Huyssenallee 82
Frankfurt a. M., Stoltzstrasse 13
Hamburg, Besenbinderhof 59
Hannover, I. M., Nikolaistrasse 10
Köln a. Rh., Severingstrasse 230
Liegnitz, Bismarckstrasse 4
Magdeburg, Grosse Münzstr. 40
München 2, SO 7, Pestalozzistr. 40
Saarbrücken, 8, Brauerstrasse 6
Stuttgart, Kronenstrasse 24

Rheinisch-Westfälische Druckervereinigung Kreis Köln

Ostersonntag, am 5. April 1931, findet im „Volkshaus“, Fingerstraße 11 (oberer Saal), Beginn vormittags 10 Uhr, der **8. Rheinisch-Westfälische Druckertag in Düsseldorf** statt. Hierzu werden die Druckerkollegen von Rheinland und Westfalen freudlichst zur regen Teilnahme eingeladen.

Der Kreisvorstand. I. A.: W. Kiefer, Vorsitzender

Unterstützungskasse für Buchdrucker der Pfalz

Die diesjährige Generalversammlung obgenannter Kasse findet am Sonntag, dem 17. Mai, in Neustadt a. d. S. statt. Vorträge hierzu wollen bis 30. April an dem Unterzeichneten eingeleitet werden.
Nolte Peenart, Vorsitzender.

Wir können ausbittelfreie einen sächlichen

Lithotypenfabrik
einleiten. Es wollen sich aber nur Leute melden, die auch wirklich gute Maschinenführer sind. Solch nach Abrechnungsk. A. Oehlschlägerische Buchdruckerei, Taito (Schwarzw.).

Korb- und Holzmöbel
franko. Teilzahlung bis 12 Monate. Katalog 748 gratis. Schläger: 3-tellige Polster-Garnitur 33 Mark. Korbmöbel-Fabrik Böhm, Oberlangensfeld, Lichtenfels-Land

Kostkarten vom Verbandshaus
20 Stück 90 Pf. (Porto 10 Pf.). Verlag des Bildungsvereins der D. D., Ombö, Berlin SW 61.

Manuskripthalterstipendien

Vertrag des Bildungsvereins der D. D., Berlin SW 61, Dreieckstr. 5.

Der Tod hält reiche Entel
Es verstarben folgende liebe Kollegen:
am 21. März der Drucker **Naul Hofmann** aus Saalfeld, 28 Jahre alt; am 23. März der Maschinenführer **Naul Jäger** aus Saalfeld, geboren in Neustadt, 46 Jahre alt; am 25. März der Korrektor **Alno Straube** aus Bismarck, geboren in Wegmündobarg, 60 Jahre alt.
Ihre Andenken werden wir stets in Ehren halten. Bezirksverein Bismarck.

Unserem scheidenden Senior-Kollegen **August Peters** zu seinem 50jährigen Geburtsjubiläum die besten Glückwünsche.
Bismarck, 1. April 1931.
Die Kollegen der Buchdruckerei J. Krampe.

Am 24. März verstarb an einem Altersleiden unser lieber Kollege, der Maschinenführer **Friedrich Bartels** im 65. Lebensjahre.
Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
Ortsverein Bismarck.